

Neue Analyse

Der Weg zu gesunden Bundesfinanzen



Der Bund plant angesichts drohender Milliardendefizite umfangreiche Entlastungsmassnahmen. Davon wollen diverse Interessengruppen nichts wissen. Sie fordern stattdessen die Schuldenbremse auszuhebeln oder die Steuern zu erhöhen. Beides seien schlechte Ideen, erläutert Michele Salvi in unserer neuesten Studie. Eine Anpassung des Ausgabenpfads sei angebracht. So gebe etwa der Bund pro Kopf und Inflationsbereinigt heute 1500 Franken oder einen Fünftel mehr aus als 2003.

[Der Weg zu gesunden Bundesfinanzen](#)

Die Zahl



Die finanziellen Konsequenzen höherer Staatsschulden werden oft unterschätzt. Ohne die Schuldenbremse müsste der Bund heute jährlich **schätzungsweise** 4 Milliarden Franken mehr für Schuldzinsen aufbringen. Diese Summe könnte zwei neue Gotthard-Autotunnel oder 24 F-35-Kampfflugzeuge finanzieren. *(M/S)*

Blogserie zum interkommunalen Finanzausgleich

Das Labor Föderalismus wirkt



Einen Finanzausgleich gibt es nicht nur zwischen den Kantonen. Auch innerhalb der Kantone wird Geld zwischen reicheren und ärmeren Gemeinden umverteilt. Aber wie sollte das am besten geschehen, ohne dass es die Motivation der Gemeinden senkt, ihre finanzielle Lage zu verbessern? Lukas Rühli skizziert in einer Blog-Serie die Best-Practice-Kriterien für den interkommunalen Finanzausgleich. Dabei zeigt er die Fortschritte auf, die die Kantone seit dem [Avenir-Suisse-Kantonsmonitoring](#) vor rund 10 Jahren gemacht haben.

Teil 1: [Das Labor Föderalismus wirkt](#)

Hannahs Quicktakes zur SNB

Die Unabhängigkeit stärken



Aus der Politik gibt es Forderungen, der Schweizerischen Nationalbank (SNB) zusätzliche Aufgaben aufzubürden. In ihrem neuesten Video erklärt Hannah Wise, wie man die SNB vor politischem Druck schützen und ihre Unabhängigkeit stärken kann.

 [SNB: Die Unabhängigkeit stärken.](#)

Presseschau

Avenir Suisse in den Medien

Bundesfinanzen: In der Finanzdebatte sind zunehmend schrille Töne zu hören, schreibt die [NZZ](#). Sie verweist dabei auf einen kontroversen Beitrag der Politologen Adrian Vatter und Rahel Freiburghaus, der in den [Tamedia-Zeitungen](#) erschienen ist. Die beiden Politologen legten nahe, dass Sparen gefährlich ist: Radikale Parteien würden an Einfluss gewinnen, die Bevölkerung sei gestresster und mehr Menschen würden Suizid begehen. Auf der Plattform [«LinkedIn»](#) hat Senior Fellow Michele Salvi dazu Stellung genommen und die Aussagen eingeordnet. Auf diese Kritik von Avenir Suisse angesprochen hat Adrian Vatter seine umstrittenen Aussagen in einem [Interview mit der NZZ](#) relativiert.

Ebenfalls hat die [NZZ](#) Michele Salvis neuste Studie zu den Bundesfinanzen aufgenommen. Sie schreibt dazu, dass Avenir Suisse zeige, «wie weit die Schweiz von einer wirklich harten Sparpolitik entfernt ist.»

Spardebatte in der Verkehrspolitik: Im Rahmen der Agglomerationsprogramme verteilt der Bund im Vierjahres-Zyklus etwa 1,6 Milliarden Franken für regionale Verkehrsprojekte an Kantone und Gemeinden. Dies ist ein Bruch mit der föderalen Logik, hat Avenir Suisse in der [Sommerserie zu den Bundesfinanzen](#) gezeigt. Nun hat der Aargauer Verkehrsdirektor Stephan Attiger in der [«Aargauer Zeitung»](#) Stellung dazu genommen. Regionale und nationale Verkehrsinfrastrukturen seien eng miteinander verknüpft, und die lokalen Projekte trügen oft zur Entlastung der Bundesinfrastrukturen bei, argumentierte er.

Spardebatte in der Bildungspolitik: Bei Hochschulen zu sparen und zugleich Studiengebühren zu erhöhen, sei ein riskanter Pfad, schreiben die ETH-Präsidenten von Lausanne und Zürich in einem Gastbeitrag für die [Tamedia-Zeitungen](#). Die Erhöhung des Studiengeldes für ausländische Studierende sei zwar vertretbar, gleichzeitig warnen sie davor, Studierende als «Cash Cows» zu sehen. Man dürfe nicht vergessen, dass ausländische Studierende der Schweiz viel bringen würden. Dabei verwiesen sie auf die Studie [«Grenzenlos Innovativ»](#) von Senior Fellow Patrick Leisibach, in der er zeigte, dass die Hälfte der Start-up-Gründer keinen Schweizer Pass hat.

Bergdörfer: Die verheerenden Unwetter im Sommer hatten grosse Schäden verursacht und Todesopfer gefordert. Mit dem Klimawandel häufen sich solche Ereignisse. Ob gefährdete Gebiete geschützt werden müssten oder bestimmte Siedlungen und Infrastrukturen aufgeben sollte, darüber diskutierte unser Klimaexperte Lukas Rühli mit Christian Schmid (Soziologe ETH), Katrin Schneeberger (Direktorin Bundesamt für Umwelt), Franz Steinegger (alt Nationalrat), Peter Zumbrunn (Gemeindepräsident Brienz BE) sowie Pius Kaufmann (Nationalrat & Präsident Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete) in der Sendung [«Club»](#) vom SRF.



Rühli betonte, dass man den Einzelfall betrachten müsse. Falls ein Gebiet schon strukturschwach sei, werde der Trend zur Entvölkerung zunehmen. Klimaschäden würden diesen Prozess beschleunigen (Hören Sie dazu auch den Podcast [«Think dank! – Was darf der Schutz entlegener Bergregionen kosten?»](#)).

Mietrecht: Die bürgerliche Parlamentsmehrheit hat zwei Reformprojekte lanciert, die die Vermietersseite stärken. Je mehr Freiheit die Vermieter hätten, desto eher würden Mietwohnungen gebaut, sagte unser Immobilienexperte Marco Salvi gegenüber der [NZZ am Sonntag](#). Je stärker stattdessen das Mietrecht reguliert werde, desto eher würden die Investitionen in Eigenheime verschoben. Die effektivste Eigentumsförderung sei deshalb eine Überregulierung des Mietmarktes, erklärte Salvi mit ironischem Unterton. Empfehlen würde er dies freilich nicht.

Mieten: An der [«Immo Vision»](#) sprach Marco Salvi über die verschiedenen [Mythen beim Mieten](#). Oft wird in den Medien von Wohnungsnot gesprochen, doch das möge höchstens auf die Stadt Zürich zutreffen. In der anschließenden Podiumsdiskussion betonte Salvi, Nachhaltigkeit habe vor allem mit der richtigen Nutzung des Bodens zu tun. Wenn man nicht verdichtet baue, sei man nicht sehr nachhaltig.

Gesundheitswesen: Das [Magazin der Spitex](#) berichtet über ihre Fachtagung, in der es um die digitale Transformation der ambulanten Pflege ging. Unser Directeur romand und Gesundheitsexperte Jérôme Cosandey hält die Digitalisierung im Gesundheitswesen für eine Chance. Man müsse den Kulturwandel begleiten, die richtigen Prozesse wählen und die Bedürfnisse der Mitarbeitenden sowie der Klienten verstehen.

EFAS-Reform: Das Gesundheitswesen kostet mittlerweile 90 Milliarden Franken, schreibt das Online-Magazin [«thebroker»](#). Dabei wurde auf einen [Avenir-Suisse-Blog](#) verwiesen, wonach 36 Prozent der Krankenkosten in der Grundversicherung von den Versicherern getragen werden, 23 Prozent vom Staat, 22 Prozent sind Selbstzahlungen und der Rest wird von Zusatzversicherungen übernommen.

Der [«Nebelspalter»](#) schreibt in der Rubrik «Bundeshaus-Briefing» zu EFAS, dass bürgerliche Gesundheitspolitiker das Problem Langzeitpflege nicht angepackt hätten. Dabei wird auch auf Lösungen verwiesen, unter anderem den Avenir-Suisse-Vorschlag [eines obligatorischen Pflegekapitals](#).

Unsere aktuellen Publikationen



[SNB: Abhängig von der Unabhängigkeit](#)

[Sommerserie Bundesfinanzen](#)

[Die Entdeckung der Langsamkeit](#)

Newsletter verpasst?

Sie finden alle früheren Ausgaben in unserem [Newsletter-Archiv](#).



© Avenir Suisse, Pöte 5 | Glessereistrasse 18, CH-8005 Zürich, [avenir-suisse.ch](#)

Über uns
Datenschutzerklärung
Warum Sie diesen Newsletter bekommen

Damit dieser Newsletter nicht in Ihrem Spamordner landet, fügen Sie [media@avenir-suisse.ch](#) Ihrem Adressbuch hinzu.

[Abonnement verwalten](#)